

US- Regierung beschränkt Einfuhrerlaubnisse

Uganda gehört nicht mehr zu den Begünstigten des „African Growth and Opportunity“ Act (Agoa). Die Vereinigten Staaten haben auch drei andere afrikanische Länder, die Zentralafrikanische Republik, Gabun und Niger, mit Wirkung vom 1. Januar aus dem Agoa gestrichen. Der Erlass von US-Präsident Joe Biden vom 29. Dezember wird Kampala die Möglichkeit nehmen, bestimmte Waren ohne zusätzliche Steuern in die USA zu exportieren. Dies könnte schwerwiegende Auswirkungen auf die ugandische Wirtschaft haben, die seit der Einführung des Programms im Jahr 2000 erheblich davon profitiert hat. 03.01.2024

Kokainbeschlagnahmungen auf der Schlüsselroute

Die Polizei in Marokko hat in einer gemeinsamen Aktion mit spanischen Sicherheitskräften 1,488 Tonnen Kokain beschlagnahmt. Das Kokain wurde in Bananenkartons versteckt in einem Schiffscontainer gefunden, der sich an Bord eines Schiffes im Hafen von Tanger Med befand. Das Schiff kam aus Südamerika und war nach der Türkei unterwegs. Die Razzia erfolgte nur einen Tag nachdem die Behörden fast 363 kg Kokain aus einem Lastwagen beschlagnahmt hatten, der über die Grenze zu Mauretanien nach Marokko einreisen wollte. Das nordafrikanische Land gilt als Schlüsselroute für den Drogenschmuggel von Südamerika nach Europa. 03.01.24

Südafrika verklagt Israel

Südafrika hat vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) Israel des Völkermords beschuldigt. In der eingereichten Klage ersucht Südafrika das Gericht um eine einstweilige Verfügung, mit der Israel aufgefordert wird, den Militäreinsatz in dem dicht besiedelten Küstengebiet unverzüglich auszusetzen und Israels Vorgehen gegen die Hamas als Völkermord einzustufen. Südafrikanische Politiker haben Israels Verhalten im Gazastreifen wiederholt mit dem Apartheid-System der Trennung von Schwarzen und Weißen in ihrem eigenen Land in der zweiten Hälfte des 20. Jahrh. verglichen. 29.01.2023

Marokko: Ab heute Sozialhilfen

Fast eine Million benachteiligter Familien sollen zum ersten Mal direkte monatliche Unterstützung erhalten werden, ein System, das es im Königreich seit vielen Jahren nicht mehr gegeben hat. Insgesamt werden voraussichtlich fast eine Million Familien davon profitieren. Diese gezielten Familienbeihilfen sind Teil einer umfassenden Sozialreform, die von König Mohammed VI. im Jahr 2020 eingeleitet wurde. Nach Angaben von Premierminister Aziz Akhannouch werden die Begünstigten unabhängig von der Zusammensetzung der Familie mindestens 500 Dirham (etwas mehr als 51 Dollar) pro Monat erhalten. Für die Umsetzung dieses Programms wird ein Budget von 25 Milliarden Dirham (rund 2,5 Milliarden Euro) für 2024 benötigt. 28.12

Simbabwe: Unbemannte Grenzposten

Simbabwe soll bis Ende nächsten Jahres als erstes Land neben Dubai über einen unbemannten Grenzübergang verfügen, an dem Reisende mit ihren elektronischen Reisepässen ein- und ausreisen und ihre Fingerabdrücke und Gesichter gescannt werden, ohne dass sie die traditionelle bemannte Grenzkontrolle passieren müssen. Bei diesem System werden die im

Pass gespeicherten biometrischen Daten wie Fingerabdrücke und Gesichtserkennung verwendet, um die Identität des Reisenden zu überprüfen, dessen Gesicht und Fingerabdrücke gescannt und verglichen werden. Sobald die Identität des Reisenden überprüft wurde, hebt sich die Absperrung und der Reisende darf den unbemannten Grenzübergang passieren. 22.12.2023

Russische Botschaft in Ouagadougou

Russland hat seine 1992 geschlossene Botschaft in Burkina Faso wiedereröffnet und setzt damit die Annäherung an das Land fort, das seit letztem Jahr von einem Militärregime geführt wird und nach dem Bruch mit Frankreich seine Partner neu definiert. 30.12.2023

Kenia: Neue Partner: Kongofluss-Allianz

Kenia hat sich von dem kongolesischen Oppositionellen Corneille Nangaa distanziert, der in Nairobi ein Bündnis mit Militanten eingegangen ist, was zu einem diplomatischen Streit mit Kinshasa führte. Die Kongofluss-Allianz, wurde am 15. Dezember 2023 in Nairobi gegründet. Die neue Allianz, die laut Nangaa verschiedene kongolesische bewaffnete Gruppen, Milizen sowie soziale und politische Organisationen zusammenbringen soll, ist ein zusätzliches Problem in einer Region, in der seit Jahrzehnten Unsicherheit herrscht, die durch ethnische Rivalitäten und den Kampf um Ressourcen angeheizt wird. Das kenianische Außenministerium kündigte eine deutliche Distanzierung von dem politisch-militärischen Bündnis an und versprach, die Angelegenheit zu untersuchen, nachdem die Demokratische Republik Kongo (DRK) ihren Botschafter aus Protest zurückgerufen hatte. 21.12.2023

Kenia: Handelsabkommen mit der EU

Im Beisein von Präsident Ruto und der EU - Kommissionschefin Von der Leyen wurde das Abkommen unterzeichnet, tritt aber erst nach der Ratifizierung durch die beiden Parlamente in Kraft. Kenia soll zollfreieren und unbegrenzteren Zugang für ausgewählte Produkte in die EU erhalten. Im Gegenzug muss Kenia seinen Markt schrittweise für EU- Produkte öffnen. Die EU ist bereits Kenias wichtigstes Exportziel und zweitgrößter Handelspartner mit einem Gesamtwert von etwa 3,3 Milliarden € in 2022. 19.12.2023

Ägypten: Neue Amtszeit

Laut der Wahlkommission hat Präsident Abdel Fattah al-Sissi mit knapp 90% der Stimmen eine dritte Amtszeit gewonnen. 3 unbedeutende Gegenkandidaten konnten ihm nichts anhaben. Bei seiner ersten und zweiten Wahl in 2014 und 2018 erhielt Fattah al-Sissi sogar 97% der Stimmen. Nun kann er bis 2029 an der Macht bleiben. Seit er sich seit 2013 an die Spitze putschte hat es in Ägypten keine freien Wahlen mehr gegeben. 19.12.2023

Weitere Info: <https://netzwerkafrika.de/>

Pilotprojekt: Auslandskongolesen dürfen wählen

Angola: Vermögen weiter eingefroren

Tschad: Referendum über neue Verfassung

Afrikas beste Flughäfen

Guinea: Explosion am Ölterminal in Conakry

Kongo DRC: Amtsinhaber zum Wahlsieger erklärt

Hafenabkommen zwischen Äthiopien und Somaliland